

# Trump und Trotz: US-Linke nach der Wahl

Demokraten streiten über die Gründe der Niederlage, Grüne sind am Boden zerstört. Doch jenseits der Parteien gibt es Zulauf und ein wenig Hoffnung. Seite 21

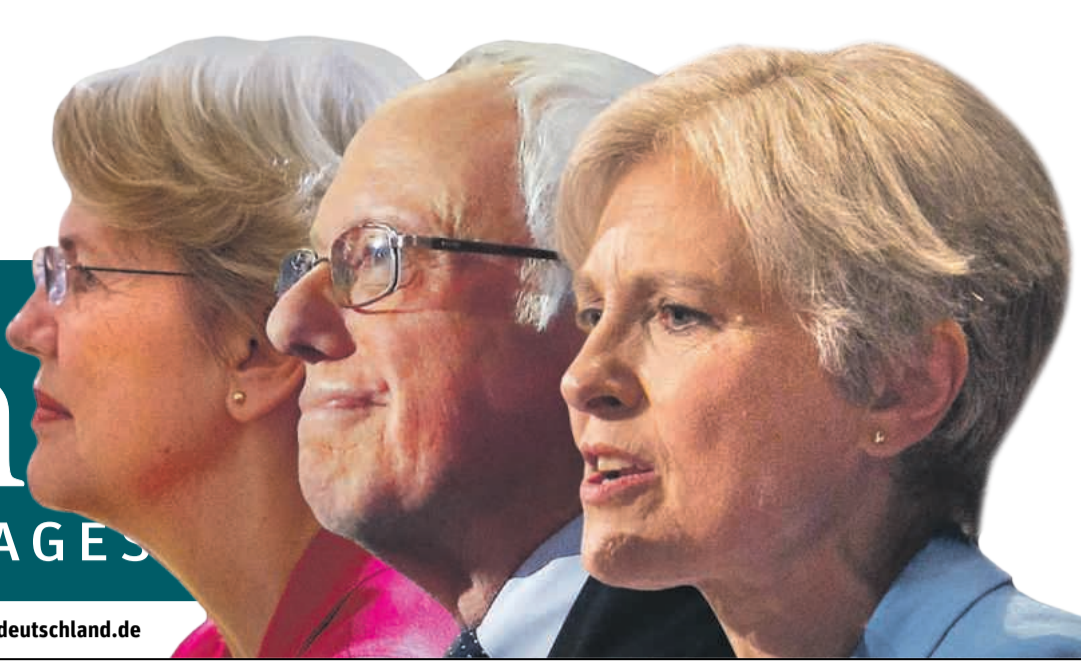
Fotos: dpa/Ron Sachs, dpa/Tannen Maury, imago/ZUMA Press

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 19./20. November 2016

71. Jahrgang/Nr. 271 Bundesausgabe 2,30 € www.neues-deutschland.de



## STANDPUNKT

### Vollwandel

Kurt Stenger über die Neuaufstellungspläne bei VW

Volkswagen ist Spitze – aber nur bei der laufenden Rallye-WM, wo den Wolfsburgern wieder mal ein Sieg winkt. Dies ist vielleicht Sinnbild für die Lage bei VW: In vorsintflutlich anmutenden Bereichen dominiert die Automarke, die gleichzeitig absehbare Entwicklungen im Bereich der Mobilität zu verschlafen droht. Dies war auch die zentrale Botschaft des Abgas-Skandals: Volkswagen ist nicht mehr in der Lage, die Autos der Zukunft zu bauen und zu betreiben. Selbst aktuelle Abgasgrenzwerte sind nur noch mit blankem Betrug zu schaffen.

VW in Niedersachsen war bisher das Paradebeispiel, dass ein anderer, gezähmter Kapitalismus möglich ist – dank des Interessenausgleichs zwischen Beschäftigten, Gewerkschaft, Staat und einer Kernaktionärsfamilie. Dies sorgte für Stabilität, aber eben offenbar auch für Erstarrung. Auch in Sachen Profitabilität rückte man im Vergleich zu den großen Konkurrenten Toyota und GM weit ins Hintertreffen.

Nun sucht das Unternehmen den Befreiungsschlag – wie man das kapitalistisch so macht: mit massivem Stellenabbau und Kostensenkung. Immerhin konnte der einflussreiche IG-Metall-Betriebsrat Werkschließungen und betriebsbedingte Kündigungen verhindern. Auch wenn der Vollwandel von den Beteiligten mit allerlei Superlativen angepriesen wird – der Erfolg bleibt fraglich. In Sachen Elektromobilität, der die Zukunft gehört, sind Tesla, einige chinesische Autobauer und selbst der bayerische Dino BMW weit vorneweg. Sicher ist nur die Kürzung: Die Rallye-WM wird künftig ohne VW auskommen müssen.

## UNTEN LINKS

Die US-Gesellschaft ist zutiefst gespalten, überall öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich. Zwischen Norden und Süden ist immer alles ungerecht verteilt, Westen und Osten sind sich schon wieder nicht grün. Schwarz und Weiß ist die übliche Sicht der Dinge, Pro und Contra nur zusammen ausgewogen. Links und Rechts sind mehr als Ansichten, Äpfel und Birnen zwei verschiedene Paar Schuhe. Zwischen Oben und Unten liegen Welten, gläserne Decken und das deutsche Bildungssystem. Den Unterschied zwischen Hüben und Drüben lernt man an jeder Grenze, den zwischen Aldi Nord und Aldi Süd am Regal, den zwischen Hü und Hott am Oxer. Manch einer ist sogar mit sich selbst im Zwiespalt und der wird eher noch größer als kleiner. Fortschritt gibt es nur aus Neuseeland zu berichten: Nordinsel und Südinsel sind dieser Tage um zwei Meter zusammengedrückt. Schuld war allerdings das schwere Erdbeben, also leider nichts mit Yin und Yang. rst

ISSN 0323-3375



## Vorfahrt für Renditejäger

Der SPD-Widerstand gegen die Privatisierung der Autobahnen ist nur Show



Foto: imago/blickwinkel

Berlin. Die Bundesregierung streitet über die Frage, ob Teile der von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) geplanten Bundesfernstraßengesellschaft an Private verkauft werden dürfen. SPD-Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel erklärte, eine Privatisierung der Straßen oder der Gesellschaft werde es nicht geben. Auch der Vizevorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Sören Bartol, betonte, die SPD lehne eine Privatisierung ab. »Eine Änderung des Grundgesetzes wird es nur mit einer doppelten Privatisierungsbremse geben.«

Carl Waßmuth von der Organisation Gemeingut in BürgerInnenhand hält dies für einen inszenierten Streit, »der ablenken soll von

dem eigentlich skandalösen Umstand: Die Bundesregierung wird schon in drei Wochen im Kabinett beschließen, eine privatrechtliche Gesellschaft zu gründen, die abgekoppelt von den Parlamenten Öffentlich-Private Partnerschaften eingehen kann und wird.« Bei solchen Partnerschaften finanzieren private Investoren beispielsweise den Autobahnausbau anteilig, betreiben diese und bekommen im Gegenzug die Maut-Einnahmen über mehrere Jahrzehnte. Der Bundesrechnungshof hatte solche Projekte mehrfach als unwirtschaftlich kritisiert. Auch die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraction Sabine Leidig spricht von einer »Doppelzüngigkeit« der SPD, die be-

kräftige, es werde keine Privatisierung der Autobahnen geben, während sich Gabriel genau für diese Option einsetze.

Tatsächlich verfolgt der Wirtschaftsminister seit zwei Jahren das Vorhaben, privaten Investoren über Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPPs) Renditen durch Einnahmen aus der Infrastruktur zu ermöglichen. Kritiker vermuten deshalb, dass die geplante Gesellschaft vor allem zu dem Zweck eingerichtet wird, ÖPPs großflächig umzusetzen. Damit würden die Bundesstraßen durch die Hintertür privatisiert – selbst wenn die SPD eine formale Teilprivatisierung der Fernstraßengesellschaft verhindert. nd Seite 5

## Die Zukunft bei VW heißt Stellenabbau

Konzern einigt sich mit Betriebsrat auf Streichung von 30 000 Jobs / Elektroautos künftig im Fokus

Nach der Abgas-Affäre kommt der Stellenabbau: VW will profitabler werden und krepelt die Produktion um.

Von Kurt Stenger

Der Vorstand des Autokonzerns Volkswagen hat sich nach langwierigen Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat auf einen sogenannten Zukunftspakt geeinigt. Demnach sollen in den kommenden Jahren weltweit bis zu 30 000 Arbeitsplätze abgebaut werden, davon 23 000 an deutschen Standorten, wie der Konzern am Freitag erklärte. Bei ihm beschäftigt sind derzeit rund 624 000 Mitarbeiter, davon 120 000 bei der Marke VW in Deutschland.

Der Konzern will nach eigenen Angaben »die Wettbewerbsfähigkeit der Marke Volkswagen deutlich verbessern«. Ziel sei der »Wandel vom reinen Automobilhersteller zum erfolgreichen Mobilitätsdienstleister im Zeitalter

von Digitalisierung und zunehmender Elektromobilität«. Betriebsbedingte Kündigungen seien ausgeschlossen. Konkret soll der Zukunftspakt bis zum Jahr 2020 zu einem positiven Ergebniseffekt in Höhe von 3,7 Milliarden Euro jährlich führen. An deutschen Standorten sind Investitionen von rund 3,5 Milliarden Euro geplant. Damit verbunden seien 9000 neue Jobs.

Vom »größten Modernisierungsprogramm in der Geschichte unserer Kernmarke« sprach Konzernchef Matthias Müller. »Uns allen ist bewusst: Die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt.« Gesamtbetriebsratschef Bernd Osterloh sagte, dies sein »tragbarer Kompromiss«. »Die wichtigste Nachricht ist: Die Arbeitsplätze der Stammbeslegschaft sind sicher.« Der Betriebsrat habe außerdem dafür gesorgt, dass die Zukunftsfahrzeuge in Deutschland und nicht im Ausland gebaut werden. Stephan Weil, SPD-Ministerprä-

sident des Landes Niedersachsen, das mit 20 Prozent der Anteile VW-Großaktionär ist, lobte die Pläne. Die Landesregierung lege aber Wert darauf, dass VW ausscheidenden Leiharbeitern neue

»Die Arbeitsplätze der Stammbeslegschaft sind sicher.«

VW-Betriebsratschef Bernd Osterloh

Beschäftigungsperspektiven eröffne.

Dagegen rief LINKE-Parteichef Bernd Riexinger die rot-grüne Landesregierung auf, ihr Veto-recht im Interesse der Beschäftigten nutzen. Sie müsse »diesen Pakt für massive Arbeitsplatzvernichtung stoppen«.

VW will künftig verstärkt auf Elektromobilität setzen. Dies hat

Auswirkungen auf Arbeitsplätze: Laut Experten fällt im Vergleich zu Autos mit Verbrennungsmotoren rund ein Drittel der bisherigen Wertschöpfung weg. So werden Komponenten wie Einspritzpumpen, Kolben, Nockenwelle und Turbolader ebenso überflüssig wie das Getriebe mit vielen Gängen, die Abgasanlage und der Ölkreislauf. Während viele Mitarbeiter in den Motorenwerken nicht mehr gebraucht werden, denkt VW über den Bau von Batteriefabriken nach. Konzernchef Müller schwebt vor, dass E-Autos im Jahr 2025 rund ein Viertel des Gesamtabsatzes ausmachen. Bis die ersten Modelle mit hoher Reichweite und neuer Technik, die in Zwickau gebaut werden sollen, bei den Händlern landen, dürfte es aber noch gut drei Jahre dauern.

Die Konkurrenz ist da schon viel weiter: Tesla hat solche Modelle längst auf dem Markt und will 2017 die eigene Batterieproduktion starten. Seite 8



## 103 Akademiker in Türkei verhaftet

Zahl der Asylanträge stark gestiegen

Istanbul. Die türkischen Behörden haben im Zusammenhang mit dem Putschversuch die Festnahme von 103 Akademikern an der Technischen Universität Yildiz in Istanbul angeordnet. 73 von ihnen seien schon in Gewahrsam genommen worden, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu am Freitag. Ihnen werde Mitgliedschaft in einer Terrororganisation vorgeworfen. Seit dem Putschversuch wurden Zehntausende Staatsbedienstete entlassen; mehr als 36 000 Verdächtige sitzen in Untersuchungshaft.

In Deutschland ist derweil die Zahl der Asylsuchenden aus der Türkei in den ersten zehn Monaten dieses Jahres stark angestiegen. Von Januar bis Oktober hätten 4437 Türken einen Antrag in Deutschland gestellt, so Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Im Vorjahr hatten nur 1767 Türken einen Asylantrag eingereicht. Agenturen/nd

## Abschiebemaschine auf Hochtouren

Zahl der Rückführungen von Asylbewerbern stark angestiegen

Berlin. Die Zahl der Abschiebungen von Ausländern aus Deutschland ist in diesem Jahr deutlich gestiegen. Bis Ende Oktober wurden bereits 21 789 abgelehnte Asylbewerber zurückgeschickt, wie das Bundesinnenministerium am Freitag auf Anfrage mitteilte. Hinzu kommen sogenannte Zurückschiebungen etwa wegen illegaler Einreise oder weil bereits in einem anderen EU-Land Asyl beantragt wurde.

Bis zum Ende dieses Jahres könnte die Zahl Schätzungen zufolge auf 26 000 steigen, berichtete die »Rheinische Post« unter Berufung auf die Bundespolizei. Am häufigsten wurden in diesem Jahr Menschen aus Westbalkanstaaten abgeschoben. Mehr als 15 500 der Betroffenen kamen aus Albanien, Kosovo, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro, die als sogenannte sichere Herkunftsstaaten eingestuft wurden. epd/nd

## LINKE-Kandidatin fällt bei Wahl durch

Bürgermeisterwahl in Berliner Bezirk Lichtenberg vorerst gescheitert

Berlin. Die Kandidatin der Linkspartei für den Posten des Bezirksbürgermeisters in Berlin-Lichtenberg ist durchgefallen. In zwei Wahlgängen erhielt Evrim Sommer am Donnerstagabend nicht die erforderliche Unterstützung von 28 Bezirksverordneten. Auf einen dritten und vierten Wahlgang verzichtete die Linksfraction.

Im Vorfeld war der Linkspartei für die Wahl der 45-jährigen Sommer die Unterstützung von SPD und Grünen zugesichert worden. Die drei Fraktionen verfügen zusammen über 36 Verordnete im Bezirksparlament. Sommer erhielt im ersten Wahlgang 25 Ja-Stimmen, im zweiten 24. Mitten in der Debatte, unmittelbar vor der Abstimmung hatte ein Fernseher über angebliche Unstimmigkeiten im Lebenslauf Sommers berichtet. Demnach soll die Kandidatin ihre Vita geschönt haben. Sommer bestreitet das. mkr Seite 13